

Europol geschlossen und 2005 hat Norwegen zusätzlich ein Kooperationsabkommen mit Eurojust unterzeichnet.

Aus wirtschaftlicher Sicht hat Norwegen in zwei wichtigen Exportbereichen, dem Petroleumsektor und der Fischindustrie, Interessen, die über den EWR hinausgehen. Die Entwicklungen in diesen Sektoren seit dem negativen Referendum 1994 sprechen jedoch für eine Abschwächung der EU-Opposition.⁷ Das wirtschaftliche Haupthindernis eines isländischen EU-Beitritts ist nach wie vor eine für Island akzeptable Lösung bezüglich der Gemeinsamen Fischereipolitik der EU, auch wenn sich die Wirtschaft stetig diversifiziert.⁸ Die Regierung tut sich schwer mit dem Gedanken, die Souveränität über ihre Meeresressourcen aufzugeben, da die Wirtschaft noch immer von der Fischindustrie dominiert und die Ressourcenpolitik der Gemeinschaft für unzureichend gehalten wird.

Die Diskussion über einen möglichen Beitritt hat in Island zu Beginn des Jahres 2005 wieder etwas an Schwung gewonnen. Allerdings hat Aussenminister Oddsson Berichte über eine «Kehrtwendung», die auf eine Äusserung seines Koalitionspartners Ministerpräsident Ásgrímsson Ende Februar 2005 zurückgehen, dementiert.⁹ Das Thema wurde vorerst von den Regierungsparteien bis zu den im Frühjahr 2007 anstehenden Parlamentswahlen auf Eis gelegt. Der norwegische Ministerpräsident Bondevik hatte sich umgehend bei seinem isländischen Kollegen erkundigt.¹⁰ Keiner der beiden nordischen Staaten will sich in eine Situation manövrieren, in der er alleine mit Liechtenstein im EWR verbleibt. Bondevik spricht von einer «klaren Wechselwirkung» und erwartet ebenfalls eine neue Debatte über einen Beitritt nach 2007.¹¹ Ein norwegisches Beitrittsgesuch war in der Legislaturperiode 2001–2005 aufgrund einer Koalitionsvereinbarung ausgeschlossen.¹² Im September 2005 fanden jedoch Neuwahlen statt. Die öffentliche Meinung und auch

7 Archer 2005, S. 105–121, 129–131.

8 Island 2000, S. 52–56; Thorhallsson/Vignisson 2004b.

9 Ríkisútvarpið 2005; Frankfurter Allgemeine Zeitung 2005.

10 Dagbladet 2005.

11 Liechtensteiner Vaterland 2005.

12 Die Koalition aus Konservativen, Christlicher Volkspartei und Liberaler Partei hatte eine Art «Suizidklausel» vereinbart, wonach die Regierung zurücktreten würde, sollte die Frage einer norwegischen EU-Mitgliedschaft im Laufe dieser Regierungszeit aktuell werden.